

PRESSEMELDUNG

29. September 2022

Gasumlage 34 Stunden vor Inkrafttreten abgesagt – Preisdeckel angekündigt
MIT-Bezirksverband Osthessen: Verlässliche Standortpolitik geht anders – Habeck hinterlässt Scherbenhaufen

Die Bundesregierung hat einen „wirtschaftlichen Abwehrschirm“ angekündigt. Dieser soll einen Preisdeckel für Gas enthalten. Laut Medienaussagen des Bundeskanzlers soll zudem die Gasumlage gestoppt werden. MIT-Bezirksvorsitzender Claus Ullrich erklärt dazu: „Der Druck hat gewirkt. Der vom Kanzler angekündigte Stopp der Gasumlage ist der einzig richtige Schritt. Dieses Ampel-Projekt war von Anfang an zum Scheitern verurteilt.. Ganz Europa federt die Kosten für Gas ab. Nur die Ampel war bereit, den Preis mit der Umlage noch weiter anzuheizen und Trittbrettfahrern satte Dividenden auf Kosten von Bürgern und Betrieben zu ermöglichen.

Aber es bleibt ein Scherbenhaufen. Der Rückzug 34 Stunden vor dem Start kommt für manche Betriebe zu spät. Ein Unternehmen ist kein Herd, der schnell ein- und ausgeschaltet werden kann. Betriebe mussten planen und die Gasumlage einpreisen. In Verbindung mit der Kostenexplosion bei Gas und Strom drohten Planinsolvenzen. Diese Betriebe mussten die Notbremse ziehen. Produktionen wurden gedrosselt, stillgelegt, aufgegeben. Das Gasumlagen-Hickhack kostete Existenzen. Es wird immer klarer: Der Bundeswirtschaftsminister ist nicht in der Lage, die Energiekrise zu meistern. Er schafft mehr Probleme, als er löst.“

Ullrich begrüßt die Ankündigung des Strom- und Gaspreisdeckels. Auch das von der MIT lange geforderte Belastungsmoratorium sei endlich im Abwehrschirm verankert worden. Aber die geplante Ausweitung des Energieangebotes greife nach wie vor zu kurz. Claus Ullrich: „Es droht eine Gasmangellage. Dagegen muss das Energieangebot endlich ausgeweitet werden. Es muss alles ans Netz, was geht. Dazu gehört der Weiterbetrieb der drei Kernkraftwerke. Selbst Minister Habeck gesteht inzwischen ein, dass ein Streckbetrieb möglich wäre. Dennoch blendet die Ampel dieses Potential in ihrem so genannten ‚wirtschaftlichen Abwehrschirm‘ aus. Das grenzt an eine vorsätzliche unterlassene Hilfeleistung.“

Aus Sicht der MIT muss auch der Gaspreisdeckel sofort kommen. Ullrich: „Die Einsetzung einer Arbeitsgruppe kostet zu viel Zeit.“ Zudem müssten die Energiesteuern auf Erdgas, Strom, Heizöl und Flüssiggas sofort gesenkt werden. „Die Ampel muss die Warnungen der Fachleute und Wissenschaftler endlich ernst nehmen und sofort handeln. Sonst nimmt der Wirtschaftsstandort Deutschland weiter Schaden, so der Vorsitzende des MIT-Bezirksverbandes Osthessen.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) – vormals Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU – ist mit rund 25.000 Mitgliedern der größte parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für mehr wirtschaftliche Vernunft in der Politik ein.